

Resolution der Teilnehmer des »Forums Kirche und Stadt« Dortmund 1973

Der Kirchbautag empfiehlt dem Arbeitsausschuss des Forums Kirche und Stadt, den Landessynoden folgende Resolution zuzuleiten:

Stadtplanung ist politisches Handeln, das den Zusammenhang von Mensch, Wohnung und Umwelt berücksichtigen muss. Möglichkeiten und Grenzen der Planer sind jedoch abhängig von den gesellschaftspolitischen Zielen und den daraus abgeleiteten rechtlichen Normen.

Dieser Spielraum bietet bei den augenblicklichen Verhältnissen nicht genügend Chancen, humanes Wohnen in der Stadt zu entwickeln. Betroffene der daraus resultierenden Mängel sind insbesondere die Bewohner von Sanierungs- und Neuordnungsgebieten, unter diesen vornehmlich die einkommensschwachen Schichten. Die bestehenden Entwicklungschancen können von den Planern nicht ohne die Mitwirkung der betroffenen und beteiligten Bürger wahrgenommen werden. Diese aber können in den meisten Fällen ihre Vorstellungen von der ihnen gemäßen Umwelt nicht artikulieren.

Obgleich die Kirche als Träger öffentlicher Belange bisher die ihr vom Gesetzgeber eröffneten Chancen nicht voll genutzt hat, sollte sie in dieser Beziehung als Anwalt der Betroffenen gegenüber dem Planer auftreten.

Aufgabe der Kirche ist es, sich nicht erst im Nachhinein um die Opfer von Fehlentwicklungen in der Stadtplanung zu kümmern. Sie muss bereits mit Beginn des Planungsprozesses Einfluss nehmen, um diese Opfer zu vermeiden.

Die Kirche kann in diesem Sinne tätig werden, indem sie

1. ihre Möglichkeiten und die ihrer Gemeindeglieder ernst nimmt und nutzt,
2. kirchliche Arbeitsstellen bzw. -gruppen bildet, die die Gemeinden beraten,
3. Bürgerinitiativen anregt oder unterstützt,
4. die notwendigen Experimente und Forschungsvorhaben fördert,
5. bei der Ausbildung der Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter die Probleme der Stadtentwicklung (insbesondere deren sozialpolitische Probleme) berücksichtigt,
6. Arbeitsgruppen beruft, die die vorbereitende Arbeit in geplanten Neubaugebieten möglichst frühzeitig aufnehmen und
7. diese Fragen zum Gegenstand ihrer öffentlichkeits- und Bildungsarbeit bis hin zu Denkschriften macht.